

Heinz-Helmut Lüger

Universität Koblenz-Landau

Akzeptanzwerbung in der politischen Rede

Zum Sprachgebrauch der NPD

Abstract

Der Beitrag beschäftigt sich mit dem Einsatz persuasiver, akzeptanzwerbender Mittel in politischen Reden, speziell in Texten von NPD-Rednern. Aufgrund des gegebenen politischen Kontexts lassen sich zwei konträre Tendenzen beobachten: das Bemühen um eine gewisse sprachliche Anpassung an das Sprachverhalten anderer Parteien und das gleichzeitige Insistieren auf einer Strategie der Abgrenzung und Polarisierung. Eine Analyse von Stellungnahmen zur Bildungspolitik soll dies konkretisieren.

Key words: persuasion, polarization, rhetorical strategies, verbal aggression, reinforcing arguments

1. Akzeptanzwerbung und öffentliches Sprachhandeln

Werbende Intentionalität gehört zu den wesentlichen Merkmalen politischer Kommunikation. Hier geht es schließlich nicht nur darum, eine Information zu übermitteln oder eine Stellungnahme abzugeben; im Vordergrund steht immer auch das Bemühen, eine Wirkung zu erzielen, einen Wissensstand zu verändern, eine Einstellung zu bestätigen oder zu verändern, von einer bestimmten Position zu überzeugen oder beim Adressaten eine konkrete Handlung auszulösen. Da solche Wirkungen nicht direkt erreichbar sind, werden spezielle Mittel und Verfahren bemüht, um das angestrebte Ziel zu erreichen. Für diese „mittelbare Zielrealisation“ (KOPERSCHMIDT 1973: 65) kommen, wie aus der Rhetorik und Persuasionsforschung hinlänglich bekannt, sprachliche, para- und extrasprachliche Maß-

nahmen auf allen Ebenen der Textbildung in Betracht. Auf der Ebene der Makrostruktur wären beispielsweise argumentative Sequenzen zu nennen: Eine oder mehrere Thesen / Behauptungen können durch auf sie bezogene Aussagen, durch Argumente gestützt sein, ebenso dient die Widerlegung von Gegenthesen in der Regel der Untermauerung einer übergeordneten These. Ergänzend kommen oft erläuternde Erklärungen, spezifische Einstellungskundgaben sowie diverse rhetorisch-stilistische Maßnahmen hinzu, von der polarisierenden Sachverhaltspräsentation bis hin zum Einsatz metaphorischer Ausdrücke. Der jeweilige Kommunikationserfolg wäre, so gesehen, nicht zuletzt also auch abhängig davon, inwieweit sich mögliche Vorbehalte auf seiten der Adressaten antizipieren lassen und inwieweit es gelingt, sie durch entsprechende Maßnahmen zu entkräften oder abzuschwächen. Die dafür herangezogenen Mittel seien hier insgesamt unter den Begriff der ‚Akzeptanzwerbung‘ subsumiert (vgl. ausführlicher: DIRKS/SCHMIDT 2006; LÜGER 2001, 2012).

Die Verwendung akzeptanzwerbender Maßnahmen soll in den folgenden Abschnitten weiter konkretisiert werden, und zwar anhand von Redetexten der NPD. Dabei erfolgt die Bearbeitung in zwei Schritten: Zunächst werden einige politische Rahmenbedingungen skizziert, einschließlich der damit verbundenen Auswirkungen für parteitaktische Handlungsspielräume (Kap. 2). Anschließend wird gezeigt, wie sich das Bemühen um vordergründige Anpassung einerseits und das Beharren auf polarisierender Abgrenzung andererseits konkret im Redeverhalten niederschlagen können (Kap. 3). Als Beispiel dient vor allem ein NPD-Beitrag zur Hochschulpolitik; der Text ist im Anhang vollständig wiedergegeben.

2. Politischer Kontext

Für die Wahl gerade der NPD lassen sich verschiedene Gründe anführen. Zunächst einmal ist die Kommentierung rechtsextremer Tendenzen in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit sehr präsent. Seit Jahren wird die Frage diskutiert, ob ein Verbotsantrag politisch opportun wäre, dies vor allem seit 2003, wo ein erster Antrag vom Bundesverfassungsgericht abgewiesen wurde (wegen der Tätigkeit mehrerer V-Leute in führenden Positionen der NPD). 2012 entschließt sich der Deutsche Bundesrat zu einem neuerlichen Verbotsantrag. Für eine große Medienresonanz sorgte ebenfalls der NSU-Skandal: Von 2000 bis 2007 fielen zehn ausländische Bürger und eine deutsche Polizistin einer Mordserie zum Opfer. Die Verbrechen werden der rechtsextremen Terrororganisation „Nationalsozialistischer Untergrund“ zugeordnet; als äußerst mysteriös und fragwürdig gelten in dem Zusammenhang das Verhalten von Verfassungsschutz-Mitarbeitern,

Aktenvernichtungsmaßnahmen und Auskunftsverweigerungen von seiten des Innenministeriums. Belege für eine Verbindung zur NPD sind nicht bekannt, auch wenn Pressebeiträge das gelegentlich insinuierten. Unabhängig davon gibt es einige Punkte, die für die Situation der NPD kennzeichnend sind und die nicht ohne Einfluß auf das Redeverhalten ihrer Parteivertreter sein dürften:

- Wahlerfolge fielen bislang eher begrenzt aus; aktuell ist die NPD lediglich in zwei Landtagen vertreten: in Sachsen (2009: 5,6% der Stimmen) und in Mecklenburg-Vorpommern (2011: 6,0%).
- Die NPD-Abgeordneten stoßen in ihren Landtagen auf eine breite Front der Ablehnung, ihre Anträge werden durchweg abgelehnt, die übrigen Parteien verweigern jede Form der Zusammenarbeit.
- In ihrer Funktion als selbsternanntes Gravitationszentrum einer „nationalen Opposition“ sieht sich die NPD immer wieder dem Vorwurf ausgesetzt, Kontakte oder gar kooperative Beziehungen zu diversen Gruppierungen und Netzwerken der rechtsextremen, neonazistischen Szene, vor allem zu den sog. „Freien Kräften“, zu unterhalten (vgl. BOTSCH 2012: 129–137; BRANDSTETTER 2012: 34).

Aufgrund der genannten Faktoren ergibt sich für die Parteivertreter insofern eine veränderte Situation, als die Möglichkeiten der Eigenprofilierung eine gewisse Einschränkung erfahren. Es gilt, vereinfacht ausgedrückt, einen Spagat zu überwinden zwischen den angestammten radikalen und polarisierenden Positionen einerseits und der Abgabe eines „bürgerlichen“, verfassungskonformen Erscheinungsbildes andererseits. Die Konzipierung einer jeden Rede macht es notwendig, verschiedene, nicht selten widerstrebende Ziele miteinander zu verbinden, diese glaubwürdig zu vermitteln und gegebene Widerstände weitgehend zu antizipieren. Hinzu kommt, daß eine politische Rede prinzipiell nicht von einem homogenen Publikum aufgenommen wird, im Gegenteil: „Mehrfachadressierungen sind für öffentliche politische Auseinandersetzungen konstitutiv.“ (KÜHN 1992: 66) Und das wiederum bedeutet, unterschiedliche Adressaten können einem Text meist auch jeweils andere Bedeutungen zuschreiben. Für einen NPD-Landtagsredner kämen wenigstens folgende Adressaten (gruppen) in Betracht:

- die Abgeordneten der anderen Parteien,
- die Abgeordneten der eigenen Partei,
- die Mitglieder der eigenen Partei,
- die „Beobachter“ aus Kreisen des Verfassungsschutzes,
- die Vertreter der Medien,
- die „Leute im Lande“, die verschiedenen Gruppen der Wahlbevölkerung.

Es liegt auf der Hand, daß angesichts einer solchen Konstellation nicht allen Erwartungen entsprochen werden kann und Enttäuschungen oder Brüskierungen vorprogrammiert sind. Welche Konsequenzen sich daraus für die parteispezifischen Redestrategien ergeben, läßt sich nur an konkreten Beispielen demonstrieren.

3. Anpassung und Abgrenzung

Nach dem Bamberger Programm der NPD, dem in bezeichnender Weise die Vichy-Devisen „Arbeit, Familie, Vaterland“ vorangestellt ist, sind die parteipolitischen Hauptziele negativ bestimmt:

- Kritik der Globalisierung und ihrer „zerstörerischen Folgen“,
- Kritik der Europäischen Union, da die „nationale Souveränität“ einschränkend,
- Kritik multikultureller Gesellschaftsmodelle, da diese „Deutsche und Nichtdeutsche gleichermaßen der nationalen Gemeinschaftsordnung entfremden“,
- Kritik des Asylrechts, da zu Mißbrauch einladend und mit sehr großen finanziellen Belastungen verbunden.

Viele der in dieser Weise vorgetragenen Positionen sind in der gegenwärtigen bundesrepublikanischen Gesellschaft nicht konsens- oder mehrheitsfähig. Thesen wie „Integration ist Völkermord“ oder die Forderung nach ersatzloser Streichung des Grundrechts auf Asyl bzw. nach „Ausgliederung der Ausländer aus dem Sozialversicherungswesen“ dürften außerhalb rechtsextremer Zielgruppen nicht mehr vermittelbar sein. Die jeweiligen Rezeptionsbedingungen und Wirkungsmöglichkeiten werden bei der Redenplanung normalerweise antizipiert und schlagen sich in der Textgestaltung von der Makrostruktur bis hin zur Wortwahl nieder. Vor diesem Hintergrund kann man erwarten, daß in Abhängigkeit von den behandelten Themenfeldern auch die Prioritäten bezüglich Selbstdarstellung, Abgrenzung und Anpassung unterschiedlich ausfallen. Geht es beispielsweise um Fragen der Ausländer- oder Europapolitik, dominieren eher polemische, polarisierende, nach dem Freund-Feind-Schema konstruierte Beiträge, bei anderen Themen, wie etwa der Umwelt- oder Verkehrspolitik, ist vermutlich mit einer weniger konfrontativen Strategie zu rechnen. Um diese Hypothese weiter zu prüfen, sei im Folgenden auf Beispiele zurückgegriffen, die, zumindest auf den ersten Blick, keine rhetorischen Ausfälle im obigen Sinn nahelegen.

Geeignet erscheinen hierfür beispielsweise Stellungnahmen zur Bildungspolitik. Im Sächsischen Landtag fand hierzu am 7.3.2012 eine Debatte unter

dem Titel „Keine akademische Flickschusterei in Sachsen – Hochschulen bedarfsorientiert finanzieren“ statt. Für die NPD war Jürgen Gansel als Redner beteiligt (alle diesbezüglichen Texte sind einsehbar unter: <http://edas.landtag.sachsen.de/>; der Beitrag Gansels findet sich im Anhang als Text (1)).

Um einen ersten Eindruck von diesem Redebeitrag zu erhalten, sei zunächst seine inhaltliche Grobstruktur angeführt (vgl. (1')); festgehalten sind Thesen/Konklusionen des Proponenten und die akzeptanzstützenden Argumente und Erklärungen (die Ziffern beziehen sich auf die betreffenden Textsegmente). Die Zielrichtung des Beitrags unterscheidet sich keineswegs von der anderer Parteien: Man ist sich, wie sogleich im ersten Redeabschnitt verdeutlicht, bezüglich des angesprochenen Problems einig und fordert eine bessere finanzielle Ausstattung der Universitäten; sogar die Bezeichnung „Flickschusterei“ wird kritisch in Frage gestellt:

- (1a) [2] Ob nun wie im Debattentitel genannt „Flickschusterei“ der richtige Ausdruck zur Beschreibung der sächsischen Hochschulpolitik ist, sei einmal dahingestellt. [3] Klar und richtig ist aber die Stoßrichtung der Kritik, nämlich die angespannte Finanzausstattung der Universitäten, die wegen steigender Studentenzahlen und gleichzeitig gekürzter Mittel noch zunehmen wird.

(1')

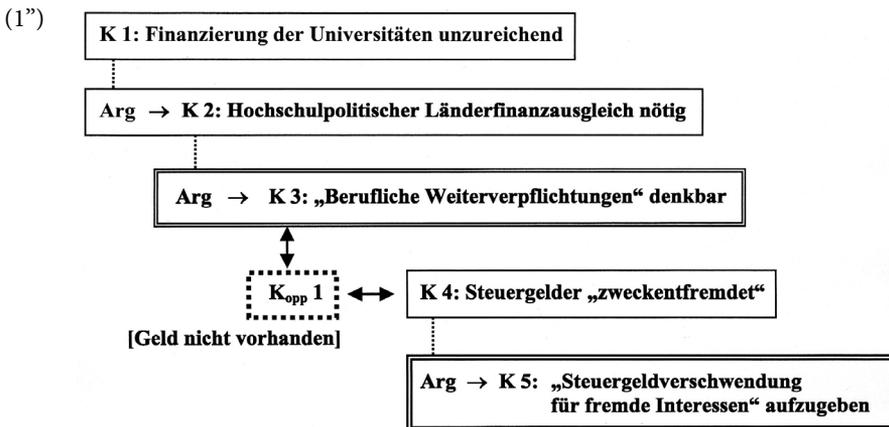
K_{prop} 1 Arg 1 Arg 2 Arg 3 Arg 4	Finanzierung der Universitäten unzureichend [3] Unterfinanzierung sächsischer Hochschulen [4], [8] Mittelverteilung ungerecht [6], [7] Sächsische Universitäten benachteiligt [5], [10]-[12] Ansturm von Studenten aus anderen Bundesländern (doppelte Abiturjahrgänge, Aufhebung der Wehrpflicht, Geburtenrückgang, Abwanderung aus Sachsen) [9]
K_{prop} 2 Arg 5	Hochschulpolitischer Länderfinanzausgleich nötig [13] „Fremdfinanzierung“ anderer Bundesländer nicht akzeptabel [14]-[16]
K_{prop} 3 Erkl	„Berufliche Weiterverpflichtungen“ denkbar [17] Verpflichtung von Landärzten in strukturschwachen Gebieten [17]-[19]
K_{prop} 4 Arg 6 Arg 7	Geld vorhanden, nur „zweckentfremdet“ ausgegeben [20]-[22] Aufwand für den Afghanistan-Einsatz allein 22 Mrd. € [24]-[27] Kosten der EU-Rettungsschirme für „Pleitestaaen“ 221 Mrd. € [28]-[30]
K_{prop} 5 Arg 8	„Steuergeldverschwendung für fremde Interessen“ aufzugeben [32] Diskussion über Unterfinanzierung der Universitäten dann unnötig [33], [35]

Insofern überrascht nicht, wenn sachbezogen argumentiert wird und der Redner (direkt oder indirekt) auf deontische akzeptanzstützende Handlungen rekurriert, also auf „in der jeweiligen Welt geltende Normen, Regeln etc.“ (TECHTMEIER 1996: 140). Dies ist z.B. der Fall, wenn man von der Voraussetzung ausgeht, daß Universitäten einer ausreichenden Finanzierung bedürfen, die Mittelzuweisung gerecht und transparent zu erfolgen hat, das

Verhältnis zwischen der Zahl der Studenten und dem Angebot an Lehrpersonal angemessen sein muß, aus einem kostenfreien Studium Verpflichtungen erwachsen sollten oder Steuergelder nicht verschwendet werden dürfen. Die argumentative Sequenzierung in (1), einschließlich der Hierarchisierung der Thesen und Unterthesen, geschieht daher in einer Weise, wie sie sich mutatis mutandis in Redetexten aller Parteien wiederfindet (vgl. (1^{''})).

Der Sprecher greift zur Absicherung seiner Argumentation sogar auf eine vor dem CDU-Wirtschaftsrat geäußerte Stellungnahme eines Hochschulrektors zurück. Auch der Umstand, daß die Opponenten-Position ($K_{\text{opp}} 1$) nicht explizit zur Sprache gebracht wird, sondern aus dem Kontext erschlossen werden muß, signalisiert zunächst „Normalität“. Erst auf der Formulierungsebene häufen sich drastische Ausdrücke und Hinweise auf parteispezifische Selbstdarstellungsbemühungen. Bezeichnend sind evaluierende Kommentare wie „demografische Katastrophe“, „EU- und Eurowahnsinn“, „Steuergeldverschwendung“, „wahnsinnige Kosten“. Noch deutlicher zeigt sich eine solche Positionierung, wenn die Einschätzung der NPD selbst in den Mittelpunkt gestellt wird (1b), in (1c) sogar deklariert als „NPD-Maxime“:

- (1b) [13] Für die NPD macht das einen hochschulpolitischen Länderfinanzausgleich nötig.
- (1c) [22] Wenn die NPD-Maxime „Deutsches Geld für deutsche Interessen“ umgesetzt würde, könnten Milliardenbeträge in Schulen, Universitäten und Forschungseinrichtungen investiert werden.



Allerdings finden sich solche Zuordnungen zur Parteilinie erst im zweiten Teil der Rede, also nach der faktenorientierten Sachverhaltsanalyse.

Wichtig ist dabei immer wieder, im genannten Sinne den Gegensatz zwischen der aktuellen Politik und den „deutschen Interessen“ zu betonen:

- (1d) [32] Geld ist in diesem Staat genügend vorhanden; es muss nur endlich Schluss sein mit der Steuergeldverschwendung für fremde Interessen.
- (1e) [35] Das wären wirklich Peanuts, wenn man etwa an die wahnsinnigen Kosten des Afghanistan-Einsatzes oder die Ausbeutung des deutschen Steuerzahlers für den Euro-Wahnsinn denkt.

Auffällig erscheint in dem Zusammenhang die negative Bewertung all dessen, was man als „fremd“ betrachten könnte. Die Wahl von Ausdrücken wie *Fremdfinanzierung*, *Fremdbelastungen*, *zweckentfremdet*, *fremde Interessen* mutet insofern alles andere als zufällig an; sie markiert eine durch und durch dualistische Sichtweise. Auf der einen Seite finden sich, um den Wortlaut von (1) aufzugreifen, die „Zweckentfremder“, die „Ausbeuter des deutschen Steuerzahlers“ und die hier beteiligten Institutionen, auf der anderen Seite haben wir, gleichsam stellvertretend für das „deutsche Volk“, den „deutschen Steuerzahler“ und, als alleinigen „Vertreter deutscher Interessen“, die NPD. Dieses Modell liegt, thematisch entsprechend angepaßt, einer großen Zahl von Redetexten zugrunde, es fungiert generell als textübergreifender Raster zur Einordnung diverser politischer Sachverhalte. Zur Bestätigung ein weiteres Beispiel aus dem Bildungsbereich, ein NPD-Redebeitrag aus der Debatte um sog. Weiterbildungsschecks im Sächsischen Landtag am 17.4.2013:

- (2) Der Weiterbildungsscheck, den die Sachsen seit gut zweieinhalb Jahren in Anspruch nehmen können, soll ein Instrument der europäischen Beschäftigungsstrategie sein. Die Koalitionsfraktionen richten den Punkt 2 ihres Antrags fast folgerichtig auf die EU-Förderperiode für die Jahre 2014 bis 2020 aus, womit wieder einmal suggeriert werden soll, dass die Deutschen, konkret die Sachsen, von den Geldern der Europäischen Union profitieren würden. Die NPD weist aber immer wieder darauf hin, dass dies eine volksverdummende Milchmädchenrechnung ist, weil es sich bei allen, aber auch wirklich allen Zahlungen aus Brüssel bloß um zurückfließendes deutsches Steuergeld handelt.

Der Redeanlaß mag in diesem Fall von untergeordneter Bedeutung sein, trotzdem erscheint er für den NPD-Sprecher geeignet, wiederum die oben genannte Freund-Feind-Konstellation zu aktivieren: Es sei eine „volksverdummende Milchmädchenrechnung“, wenn die „Koalitionsfraktionen“ glauben machen wollen, „die Deutschen“ würden von EU-Geldern profitieren, obgleich es sich lediglich, wie der wachsame NPD-Beobachter festzustellen weiß, um „zurückfließendes deutsches Steuergeld“ handle.

Auch im folgenden Beispiel liegen analoge Täter-Opfer-Rollen zugrunde. Ausgangspunkt ist eine Regierungserklärung des sächsischen Ministerpräsidenten zum Thema „Moderne Heimat – Sachsen hat Zukunft“ am

7.3.2012. Holger Apfel, der seit 2011 amtierende (und im Dezember 2013 zurückgetretene) Bundesvorsitzende der NPD, nimmt dies im Rahmen seiner durchaus um sachliche Analyse bemühten Replik zum Anlaß, das zuvor skizzierte Interpretationsmodell vorzuführen: Der apostrophierte Heimat-Begriff sei längst hinfällig geworden, dies vor allem aufgrund des „Gewinnstrebens internationaler Großkonzerne“, der „EU-Fremdbestimmung“ und des „Machtmissbrauchs der Herrschenden“:

- (3) Starke Zweifel, meine Damen und Herren, sind angebracht, ob Sachsen mit dieser Regierung eine positive Zukunft hat, wie es die Regierungserklärung suggerieren will. Wie sieht sie denn aus, die moderne Heimat, die Ihnen vorschwebt? – Die Kleinstädte werden immer leerer. Manchen Dörfern droht der völlige Untergang. Ein immer größerer Teil der Menschen zieht in die großen Städte. Das Land ringsherum verfällt. Die CDU hat längst ihre Berechtigung verspielt, den Begriff Heimat für sich zu verwenden. Planlosigkeit und Kalthertzigkeit sind ihre hervorstechenden Merkmale.

Die soziale Heimatpartei NPD wird Ihnen auch weiterhin Paroli bieten. Darauf kann ich Ihnen Brief und Siegel geben.

Gegenüber der als heuchlerisch dargestellten Haltung der Landesregierung tritt die NPD als „soziale Heimatpartei“ auf, kritisiert die „fanatischen Antirechtskämpfer“ und erklärt sich wiederum zum alleinigen „Sprachrohr der volkstreuem Opposition“.

Das dualistische Wahrnehmungsmodell ist in unterschiedlichen Kontexten und in Verbindung mit verschiedenen Themenbereichen so etwas wie ein roter Faden in vielen Reden der NPD-Landtagsabgeordneten; selbst in Zusammenhängen, wo das Bemühen um eine sachliche Diktion im Vordergrund steht, bleibt es präsent. Anpassung und Abgrenzung brauchen sich also nicht auszuschließen.

Unterstützend kommen zur Markierung der eigenen Linie weitere akzeptanzwerbende Maßnahmen hinzu. Großer Beliebtheit erfreuen sich etwa die sog. Gegenschlagwörter, mit denen bestimmte Wendungen oder Begriffe der gegnerischen Seite für eigene Zwecke umgemünzt werden (vgl. bereits PÖRKSEN 2000). So finden sich häufig Ausdrücke wie „real existierende BRD“ oder „real existierendes kapitalistisches System“, mit deren Gebrauch man wohl auch die wertende Komponente der bis in die 1980er Jahre meist negativ gebrauchten Kennzeichnung *real existierender Sozialismus* adaptieren möchte. In die gleiche Richtung gehen Beispiele wie „Ausländertümelei“ (als Replik auf *Deuschtümelei*), „Inländerfeindlichkeit“ (für *Ausländerfeindlichkeit*) oder „Asylantenversteher“ (in Anlehnung an *Frauenversteher*). Drastische, persönlich verunglimpfende Äußerungen sind durchaus an der Tagesordnung, sie werden jedoch stark themenabhängig eingesetzt; im übrigen halten sich Provokation und Gegenprovokation hier oft die Waage. Metaphern und Phraseologismen spielen ebenfalls eine wichtige Rolle, letztere treten vielfach in modifizierter Form auf (z.B. „Doch nicht nur Holzaugen

sollten wachsam bleiben“) oder werden in ungewöhnlichen Zusammenhängen verwendet („aus den mutmaßlichen NSU-Anschlägen Honig saugen“). Explizite Bezugnahmen auf die NS-Zeit, Relativierungen des Holocausts oder offen antisemitische Aussagen sind in den herangezogenen Redetexten nicht anzutreffen.

3. Ausblick

Die wenigen hier bemühten Beispiele ergeben kein vollständiges oder repräsentatives Bild; bereits die Wahl anderer Themenschwerpunkte führt zu anderen Resultaten (vgl. LÜGER 2014). Außerdem stellen Landtagsreden ganz ohne Frage nur einen Ausschnitt der politischen Aktivitäten der Partei dar. Während die NPD mit ihrer Parlamentsarbeit versucht, Bürgernähe zu demonstrieren, das Image einer „Kümmerpartei“ zu pflegen und sich „integriert“ zu geben, also kontrollierte verbale Zurückhaltung zu üben, sprechen Werbeflyer, Presseberichte oder Schulungsdokumente eine deutlich aggressivere Sprache. Und schließlich gibt die Betrachtung von Redebeiträgen noch keine Auskunft darüber, wie sich das Verhältnis zwischen Partei und „Bewegung“ gestaltet, welche Verbindungen zu neonazistischen Netzwerken, „Kameradschaften“ oder Aktionsgruppen bestehen.

Literaturverzeichnis

- Botsch, Gideon (2012): *Die extreme Rechte in der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis heute*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Brandstetter, Marc (2012): *Die „neue“ NPD: Zwischen Systemfeindschaft und bürgerlicher Fassade*. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung.
- Dirks, Una / Schmidt, Anne K. (2006): „Akzeptanzwerbung in britischen Editorials: Pro und Contra Irakkrieg.“ In: Heiko Girnth / Constanze Spieß (Hrsg.): *Strategien politischer Kommunikation*. Berlin: Schmidt, 148–167.
- Kopperschmidt, Josef (1973): *Allgemeine Rhetorik. Einführung in die Theorie der Persuasiven Kommunikation*. Stuttgart: Kohlhammer.
- Kühn, Peter (1992): „Adressaten und Adressatenkarussell in der öffentlich politischen Auseinandersetzung.“ In: *Rhetorik*, 11, 51–66.
- Lüger, Heinz-Helmut (2001): „Akzeptanzwerbung in Pressekommentaren.“ In: Ulrich Breuer / Jarmo Korhonen (Hrsg.): *Mediensprache, Medienkritik*. Frankfurt am Main: Lang, 207–224.
- Lüger, Heinz-Helmut (2012): „Persuasion als medienlinguistisches Phänomen.“ In: Hartmut E.H. Lenk / Marjo Vesalainen, (Hrsg.): *Persuasionsstile in Europa*. Hildesheim: Olms, 63–92.
- Lüger, Heinz-Helmut (2014): „Persuasion und politische Kommunikation. Zwischen Anpassung und ‚seriöser Radikalität‘ in NPD-Redetexten.“ In: Péter Bassola et al. (Hrsg.): *Zugänge zum Text*. Frankfurt am Main: Lang, 321–342.

NPD (2010): Das Parteiprogramm der NPD, beschlossen auf dem Bundesparteitag am 4./5.6.2010 in Bamberg, <http://www.npd.de/html/1939/artikel/detail/1830/> [30.4.2013].

Pörksen, Bernhard (2000): *Die Konstruktion von Feindbildern. Zum Sprachgebrauch in neonazistischen Medien*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Techtmeier, Bärbel (1996): „Akzeptanzstützung als textstrukturierendes Prinzip.“ In: Wolfgang Motsch (Hrsg.): *Ebenen der Textstruktur*. Tübingen: Niemeyer, 121–164.

Anhang

1. Jürgen Gansel (NPD) zur Aktuellen Debatte der Linken (7.3.2012): Keine akademische Flickschusterei in Sachsen – Hochschulen bedarfsorientiert finanzieren

Jürgen Gansel, NPD: [1] Herr Präsident! Meine Damen und Herren! [2] Ob nun wie im Debattentitel genannt „Flickschusterei“ der richtige Ausdruck zur Beschreibung der sächsischen Hochschulpolitik ist, sei einmal dahingestellt. [3] Klar und richtig ist aber die Stoßrichtung der Kritik, nämlich die angespannte Finanzausstattung der Universitäten, die wegen steigender Studentenzahlen und gleichzeitig gekürzter Mittel noch zunehmen wird.

[4] Unlängst beklagte der Rektor der TU Dresden, Hans Müller-Steinhagen, in der „Sächsischen Zeitung“ ausgerechnet vor dem CDU-Wirtschaftsrat die schon jetzt bestehende Unterfinanzierung der sächsischen Hochschulen in der Größenordnung von 50 Millionen Euro. [5] Die hiesigen Universitäten bekämen rund 2000 Euro weniger als im Bundesdurchschnitt, betonte er.

[6] Der Rektor rechnete vor, dass die TU Dresden im Sachsenvergleich noch einmal schlechter wegkomme als andere Hochschulen und das trotz ihres umfangreichen Angebotes an ingenieurwissenschaftlichen Studiengängen. [7] Die TU Dresden müsse für 1 Million Euro 170 Studenten ausbilden, die Bergakademie Freiberg allerdings nur 100 und die Universität Tübingen für diesen Betrag von 1 Million Euro nur 65 Studenten. [8] Das zeigt das krasse Missverhältnis zwischen Studierenden und dem Angebot an Lehrpersonal.

[9] Verschärft wird die Lage durch den Ansturm von Studenten aus anderen Bundesländern, der allerdings auf zwei Sonderfaktoren zurückzuführen ist, nämlich die doppelten Abiturjahrgänge und die Abschaffung der Wehrpflicht. [10] Gleichzeitig ist die Zahl der studienberechtigten Landeskinder eines Jahrgangs von 42 % auf 36 % gesunken und liegt damit deutlich unter den angestrebten 40 % eines Jahrgangs, die die Staatsregierung im Jahr 2008 als Ziel ausgab. [11] Die demografische Katastrophe Sachsens in Folge von Geburtenmangel und Abwanderung schlägt auch auf die Hochschulen durch. [12] Bereits 2009 waren weniger als die Hälfte der Studienanfänger sächsische Landeskinder.

[13] Für die NPD macht das einen hochschulpolitischen Länderfinanzausgleich nötig. [14] Es kann nicht sein, dass etwa ein wirtschaftsstarkes Land wie Hessen Tausende Studenten nach Sachsen ziehen und dort ausbilden lässt und dann auf deren Rückkehr als fertig studierte Akademiker hoffen kann. [15] Diese Fremdfinanzie-

rung kann es so zumindest auf Dauer nicht geben. [16] Insbesondere für die kostenintensiven Fächer Ingenieurwissenschaften und Medizin sollten Regelungen gefunden werden, damit die Absolventen in steigender Zahl zumindest eine Zeit lang dem Freistaat erhalten bleiben.

[17] Für die Zeit nach dem Studium sind berufliche Weiterverpflichtungen vorstellbar, so etwa, dass man für ein kostenfreies Medizinstudium eine mehrjährige Tätigkeit als Landarzt in strukturschwachen Gebieten Sachsens ausüben hat, um dort die ärztliche Grundversorgung sicherzustellen. [18] Bei einem solchen Länderfinanzausgleich zugunsten der Bundesländer, die für andere Studenten ausbilden, würde es um überschaubare Summen gehen. [19] Es ginge um Summen, die für jedes Bundesland bezahlbar wären, würde der Bund nicht massive Fremdbelastungen auf sich nehmen, die er dann an die Bundesländer weitergibt.

[20] Geld ist in den Kassen des Bundes genug vorhanden. [21] Es wird nur ungleich verteilt und vor allem auch für nicht deutsche Aufgaben zweckentfremdet. [22] Wenn die NPD-Maxime „Deutsches Geld für deutsche Interessen“ umgesetzt würde, könnten Milliardenbeträge in Schulen, Universitäten und Forschungseinrichtungen investiert werden. [23] Dazu nur einige Beispiele:

[24] Nach Angaben des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung hat allein der sinnlose Afghanistaneinsatz der Bundeswehr von 2001 bis 2011 17 Milliarden Euro gekostet. [25] Die DIW-Forscher gehen davon aus, dass bis zum endgültigen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan im Jahr 2014 weitere 5 Milliarden Euro an Kosten auf den deutschen Steuerzahler zukommen. [26] Das macht für diesen unsinnigen Afghanistaneinsatz die Gesamtsumme von 22 Milliarden Euro. [27] Ich denke, dass Sie ausnahmsweise mit mir übereinstimmen, dass man diese 22 Milliarden Euro sehr viel besser in die deutsche Hochschullandschaft hätte investieren können.

(Beifall bei der NPD)

[28] Aber es gibt noch weitere Einsparpotenziale, die aufgegriffen werden könnten und in Angriff genommen werden müssten, um Geld für die Hochschulen bereitzustellen. [29] Ich erinnere nur an die permanenten Rettungsschirme für Pleitestaaten wie Griechenland und an den aktuellen ESM-Rettungsschirm mit einem deutschen Garantieanteil von 211 Milliarden Euro. [30] Weitere Belastungen des deutschen Steuerzahlers durch den EU- und Eurowahnsinn sind vorgezeichnet.

[31] Ich möchte zum Abschluss meiner Rede noch einmal deutlich machen: [32] Geld ist in diesem Staat genügend vorhanden; es muss nur endlich Schluss sein mit der Steuergeldverschwendung für fremde Interessen. [33] Dann bräuchten wir uns nämlich hier im Hause nicht ständig über die Unterfinanzierung der Universitäten zu unterhalten, und dann wäre die vom TU-Rektor genannte Summe von 50 Millionen Euro, die für die sächsische Hochschullandschaft fehlen, überhaupt nicht der Rede wert.

2. Vizepräsident Horst Wehner: Bitte zum Schluss kommen!

Jürgen Gansel, NPD: [34] Ich komme zum Schluss. – [35] Das wären wirklich Peanuts, wenn man etwa an die wahnsinnigen Kosten des Afghanistan-Einsatzes oder die Ausbeutung des deutschen Steuerzahlers für den Euro-Wahnsinn denkt.

[36] Danke.